

Zwischenstand der Diskussionen in der BUKO zum Thema Israel, Palästina und die deutsche Linke

Dieses Papier gibt den Zwischenstand der Diskussionen innerhalb der BUKO zum Thema Israel, Palästina und die deutsche Linke nach dem Ratschlag vom 26.-28. März 2004 wieder und zeichnet im wesentlichen die in diesem Rahmen geführten Diskussionen nach.

Auslöser für die jetzige Beschäftigung der BUKO mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt ist die Kontroverse um ein von einer Palästinasolidaritätsgruppe auf dem BUKO 2003 in Bremen ausgelegtes Flugblatt, das mit dem Aufruf zum Boykott israelischer Waren endete. Im Zuge der darauf folgenden polemischen Diskussion während des Kongressplenums wurde nicht nur klar, dass viele der Anwesenden das Flugblatt höchst problematisch fanden – gleichzeitig ist vielen BUKO-Aktiven auch das Fehlen einer politischen Positionierung der BUKO als Dachverband internationalistischer Gruppen zu Israel/Palästina deutlich geworden. Wir wollen mit diesem Text beginnen, diese Leerstelle zu füllen und erste vorsichtige Konturen einer möglichen Position skizzieren. Er stellt einen Zwischenschritt in einem offenen Diskussions- und Suchprozess dar, der längst noch nicht abgeschlossen ist....

Die deutsche Linke....

Wir gehen davon aus, dass Vehemenz und Geschlossenheit der widerstreitenden und wechselnden Positionen in der deutschen Linken zum Konflikt um Israel/Palästina sich nur als Ergebnis von Projektionen angemessen erklären lassen. Bei dem oftmals verzerrten Blick und bei den zum Teil unversöhnlichen Positionen unter deutschen Linken – pro Israel gegen pro Palästina, scheint der Nahostkonflikt als Projektionsfläche zu dienen, auf der sich die jeweilige Erinnerung an die Shoa und der daraus abgeleiteten historischen Verpflichtung widerspiegelt. Geklärt werden konnte nicht, inwieweit in beiden Fällen der Wunsch nach Entlastung eine Rolle spielt. An vielen Beispielen aus der linken Geschichte wurde allerdings deutlich, dass sich hinter linkem Antizionismus nicht selten antisemitische Klischees verborgen haben und nach wie vor verbergen können.

In den polarisierten Debatten in der deutschen Linken mag die kompromisslose Identifizierung mit der jeweils als „Opfer“ wahrgenommenen Seite gegen die vermeintlichen „Täter“ das angenehme Gefühl vermitteln, zu den „Guten“ zu gehören.

Einseitige Parteinahme oder die Suche nach dem eindeutig Schuldigen sind aber längst nicht mehr möglich.

Wir sind der Ansicht, dass die eigenen Projektionen zumindest reflektiert und nach außen sichtbar gemacht werden müssen, indem der eigene Sprechort benannt wird. Dies bedeutet für uns, dass eine internationalistische Linke in Deutschland in ihren Debatten keinesfalls ausblenden kann und darf, dass der Holocaust ein wesentlicher historischer Hintergrund für die Entstehung des Staates Israels ist und dieser Staat von Juden und Jüdinnen weltweit (noch) als möglicher Zufluchtsort vor antisemitischen Angriffen gesehen wird. Andererseits ist Israel aber auch der Staat, der die Palästinenser und Palästinenserinnen verdrängt und vertrieben hat.

Deshalb halten wir einseitige Parteinahmen nicht für wünschenswert. Während wir einerseits der Ansicht sind, dass eine internationalistische Linke zu Menschenrechtsverletzungen anderen Ortes – und damit auch denen des israelischen Staates - nicht schweigen sollte, sehen wir andererseits, dass eine bedingungslose Identifizierung mit der palästinensischen Seite in der Geschichte der deutschen

Linken zu Positionen geführt hat, die nur als antisemitisch zu qualifizieren sind. Somit kann eine Auseinandersetzung mit dem Israel-Palästina-Konflikt in unseren Augen nicht ohne Reflexion auf den Antisemitismus in den eigenen Reihen und Köpfen erfolgen.

....und Israel/Palästina

Wenn wir der Meinung sind, uns nicht „blind“ auf die eine oder andere Seite schlagen zu wollen, die abstrakte Solidarisierung mit einem Staat, einem „Volk“ oder einer bestimmten „Sache“ nicht mitmachen und denken, dass es nicht die Aufgabe der deutschen Linken ist, den Masterplan für Frieden im Nahen Osten zu entwickeln, bedeutet dies nicht, keine Stellung zu den Ereignissen in Israel und Palästina zu beziehen.

Im Großen und Ganzen liegt mit der „Genfer Initiative“ vom Dez. 2003 eine konkrete Friedensperspektive vor :

<http://friedensbewegung.zionismus.info/verhandlungen/genfer-initiative.htm>

Weder bei den Ursachen, warum solche Ansätze für eine friedliche Koexistenz zweier Staaten in der offiziellen Politik keine Resonanz finden, noch in den Schlussfolgerungen, die daraus zu ziehen sind, sind wir völlig einig. Einige Eckpunkte unserer Diskussionen sind Inhalt der folgenden Darstellung.

Zur Tragik des israelisch-palästinensischen Konfliktes scheint zu gehören, dass mögliche politische Lösungen von den Konfliktparteien als Bedrohung ihrer jeweiligen Existenz betrachtet werden. Nicht zuletzt deshalb, weil die Anerkennung der Leidensgeschichte der jeweils anderen Seite, in den jeweiligen Gesellschaften zu wenig verankert ist:

Das Verständnis über die Bedeutung des Holocaust für das Lebensgefühl der Mehrheitsgesellschaft Israels einerseits und die Anerkennung des Leids und des erfahrenen Unrechts der PalästinenserInnen bei deren Vertreibung (Nakba) und des Elends durch die Besatzung andererseits.

In Israel war während des Osloer Friedensprozesses Anfang der 90er Jahre bei der Ausdifferenzierung der israelischen Gesellschaft (Postzionismusdebatte, Neue Historiker) der Schatten des Holocaust weniger zu spüren. Mit der Hoffnung auf Frieden, als Symbol dafür gilt der Handschlag zwischen Rabin und Arafat 1993, wurden die extremen Kräfte politisch zurückgedrängt. Das Trauma des Holocaust gewann aber mit dem Scheitern der Verhandlungen vor dem Hintergrund der Ermordung Rabins durch einen radikalen Siedler 96 sowie der Eskalation durch Selbstmordattentate in Israel ab 95 und dem Beginn der Al Aksa Intifada im September 2000 wieder an Bedeutung. Mit der ständigen Bedrohung durch Selbstmordattentate ist eine knappe Mehrheit der Israelis heute wieder der Meinung, dass mit den PalästinenserInnen kein Frieden möglich, die Zweistaatenlösung historisch widerlegt sei. Die menschenrechtsverletzende Politik der Härte erhält so ihre gesellschaftliche Akzeptanz.

Die Friedensverhandlungen, mit dem Ziel zweier Staaten in friedlicher Koexistenz, setzte auch die palästinensische Gesellschaft ab 1993 einer Zerreißprobe aus. So lange jedoch noch die Hoffnung auf die Beendigung der Besatzung und auf einen eigenen Staat bestand, konnte der Einfluß der islamistischen Gruppen, die einen jüdischen Staat ablehnen, durch die PLO begrenzt werden.

Mit dem endgültigen Zusammenbruch des Friedensprozesses im Sommer 2000 und mit der zunehmenden Kritik an der 'alten Garde' um Arafat, hat der Einfluß der Autonomiebehörde auf die verschiedenen Fraktionen weiter abgenommen.

Die islamistischen Gruppen Hamas und Jihad sowie die Al Aksa Brigaden der Fatha haben das Vakuum besetzt, das der Zerfall der emanzipatorischen Kräfte der Nationalbewegung hinterlassen hat.

Wir beobachten die Entwicklungen in Israel und Palästina – und besonders die Eskalation der Gewalt nach dem endgültigen Scheitern der Friedensverhandlungen seit September 2000 und dem Beginn der 'Al Aksa Intifada' – mit Sorge und Trauer.

Diese Gewalt in Israel/Palästina ist zwar von einer extremen Asymmetrie gezeichnet, die sich auch an der blutigen Mathematik der Opferzahlen ablesen lässt. Trotzdem gibt es in diesem Konflikt auch eine Symmetrie: Nicht im Ausmaß der Gewalt, wohl aber in der Logik ihrer Anwendung.

Israelische Armee und palästinensische Guerilla üben einen Terror aus, in dem es nur noch um die Traumatisierung und Demütigung des jeweils anderen geht, und es ist dieser Terror, der einer demokratischen Lösung des Konflikts im Wege steht und der die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten zu Geiseln des Konflikts hat werden lassen.

Einseitige Parteinahme oder die Suche nach dem eindeutig Schuldigen sind längst nicht mehr möglich.

Wir sind uns einig, dass der Zulauf den islamistische Gruppen innerhalb der palästinensischen Gesellschaft haben, eine besorgniserregende Entwicklung ist – doch die Analysen der Ursachen divergieren. Die einen führen den Aufschwung des Islamismus innerhalb Palästinas vor allem darauf zurück, dass sich islamistische Gruppen als kompromisslosere und nationalistischere Alternative zur Autonomiebehörde präsentieren und derart Sammelbecken für von Arafat enttäuschte und durch die Alltagserfahrung der Besatzung geprägte PalästinenserInnen werden. Islamisierung wäre demnach ein Reflex auf die Besatzung und würde sich mit deren Ende sowie der Errichtung eines möglichen Staates Palästina wieder marginalisieren.

Die anderen weisen demgegenüber darauf hin, dass der Islamismus nicht als einzig logischer Fluchtpunkt der Unzufriedenen in Frage kommt. Vielmehr wäre zu klären, ob die „Erfolgsgeschichte“ der Hamas im Kontext eines allgemeinen Aufschwungs des Islamismus in der arabischen Welt zu sehen ist und inwieweit Antisemitismus im Weltbild der Hamas ideologischer Anziehungspunkt bedeutet. Demnach wäre mit einer Zweistaatenlösung der Staat Israel vor weiteren Angriffen nicht sicher.

Perspektiven

Als gemeinsamer Nenner bleibt festzuhalten, dass wir – bei aller Unterschiedlichkeit unserer Positionen – eine völlige und kritiklose Identifizierung mit der einen oder anderen Seite für falsch und gefährlich halten. Unsere Diskussion auf dem Ratschlag hat sich nicht um abstrakte Begriffe wie (Anti)zionismus o. ä. zentriert und mit Vorwürfen von Antisemitismus und Rassismus sind wir vorsichtig.

Sich für Frieden im Nahen Osten einzusetzen heißt folglich, die Friedens- und Demokratisierungsbewegungen in Palästina und Israel zu unterstützen, die in beiden Gesellschaften heute nur Minderheiten bilden. Es heißt, die Menschen zu unterstützen, die in Israel und Palästina heute zwischen den Fronten kämpfen, weil sie sich für die legitime Forderungen der Palästinenserinnen und Palästinenser und zugleich für umfassende Entmilitarisierung und Demokratisierung in Israel und in Palästina einsetzen, gegen die Gewalt des israelischen Staates und die Gewalt, die von einem großen Teil der palästinensischen Nationalbewegung ausgeht.

Diese Kräfte sind wichtige Bezugspunkte für uns als radikale Linke in Deutschland und sie wollen wir als BUKO so weit wie möglich unterstützen und stärken. Dies kann geschehen, in dem wir diesen Stimmen hierzulande Gehör verschaffen; es kann ebenso geschehen durch finanzielle und ideelle Unterstützung ihrer Anliegen.

Diese Gruppen und Individuen – seien es palästinensische Intellektuelle, die sich öffentlich gegen Selbstmordattentate aussprechen, seien es Israelis, die den Militärdienst verweigern, seien es Gruppen auf beiden Seiten, welche die Menschenrechtsverletzungen der eigenen Seite öffentlich thematisieren, seien es ÄrztInnen, die gemeinsam kostenlos die Bevölkerung in den palästinensischen Gebieten versorgen – vertreten keineswegs in allen Punkten identische Positionen. Genaues Hinsehen und eine Beschäftigung mit unterschiedlichen Ansätzen innerhalb der israelischen wie palästinensischen Linken sind daher unabdingbar

Unstrittig dabei ist, dass die israelische Besatzung ein Ende haben muss und in der Frage des Rückkehrrechts Zugeständnisse von palästinensischer Seite gefragt sind.

Umstritten ist die Frage, ob damit der Einfluss islamistischer Fundamentalisten eingedämmt werden kann, oder ob ihre antisemitische Ideologie in den arabischen Staaten und besetzten Gebieten schon so weit verankert ist, dass daraus ein weitere Bedrohung des Staates Israel erwächst.

Skeptisch sind wir – als internationalistische Linke - dagegen gegenüber Rufen nach Interventionen seitens von USA und EG (gegen die wir uns andern Ortes immer gewandt haben).

Für die deutsche Linke gilt es, die Projektionen zu durchschauen, die am Nahostkonflikt ablaufen und sensibel sein für antisemitische Zwischentöne , die sowohl bei der berechtigten Kritik an der Politik Israels als auch bei berechtigten Forderungen der PalästinenserInnen mitschwingen können.

Dazu soll die Diskussion in der BUKO mit einem weiteren Seminar Anfang 2005 zur Frage des Antisemitismus in Europa und der arabischen Welt fortgeführt werden.